

„Die Teilnehmer des Politischen Konsultativkomitees erklären einmütig, daß die mangelnde Bereitschaft der Westmächte, ihren Beitrag zur Beseitigung der Überreste des zweiten Weltkrieges zu leisten, die Staaten, die gegen Hitlerdeutschland gekämpft haben und auf dem Standpunkt des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages stehen, nicht davon abhalten wird, einen solchen Vertrag mit der Deutschen Demokratischen Republik zu unterzeichnen mit allen sich daraus ergebenden Folgen für Westberlin, das als entmilitarisierte Freie Stadt betrachtet werden wird.“¹

Wie auf dem V. Parteitag beschlossen, wurden vor allem die Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen Staaten des sozialistischen Lagers im Geiste des proletarischen Internationalismus ständig weiter gefestigt und ausgebaut. Der wichtigste Eckpfeiler unserer Außenpolitik ist die Freundschaft zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion, der stärksten und erfahrensten Macht des sozialistischen Lagers.

Die Deutsche Demokratische Republik hat die sich aus ihrer Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag ergebenden Pflichten stets zuverlässig erfüllt. Dank der engen freundschaftlichen Zusammenarbeit der Staaten des Warschauer Vertrages, die besonders bei den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses 1960 und 1961 zum Ausdruck kam, vervielfachte sich die Wirksamkeit unserer politischen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, erhöhte sich die Verteidigungskraft, so daß die westdeutschen Ultras und Revanchisten mit ihren Aggressionsplänen scheiterten. Von besonderer Bedeutung für uns war die Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten vom August 1961, in der sie sich mit ihrer ganzen Autorität hinter die Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. August 1961 stellten.

Immer mehr wächst - wie die Beschlüsse vom Juni 1962 zeigen - die Bedeutung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe für die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der Staaten des sozialistischen Lagers.

Die objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die rasche Entwicklung der Produktivkräfte der Länder des Sozialismus, die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen der Völker dieser Länder bedingen eine immer stärkere Annäherung der einzelnen nationalen Wirtschaften. In der Berichtsperiode haben wir besonders mit der UdSSR die wirtschaftlichen Beziehungen ausgebaut und enger gestaltet. Der gegenseitige

¹ Neues Deutschland (B), 10. Juni 1962.